



## **Gedanken zu "Über 700 Kröpeline bekommen Hilfen"; in der Ostsee-Zeitung vom 9. Juli 2011**

2011-07-10 13:26:00

In der Wochenendausgabe der Ostsee-Zeitung ein außergewöhnlicher Artikel zu einem wichtigen Thema unter dem Titel:

Über 700 Kröpeline bekommen Hilfen – Von den rund 4800 Einwohnern der Stadt sind laut Statistik insgesamt mehr als 700 Hilfebedürftige erfasst. Darunter fallen die 355 Kröpeline, die Anfang Juli keine Arbeit hatten.

Der Artikel bietet einen Haufen Statistik. Da geht es um Leistungen des Staates und der Sozialkassen an einen Teil der Kröpeline. Die kann man so eingeschränkt betrachten, aber man sollte zumindest im Hinterkopf haben, das weitaus mehr als "nur" 700 Kröpeline vom Staat direkt oder indirekt (einige davon "versteckt") Gelder beziehen.

- Kindergeld, vergünstigte Kindergartenplätze und kostenfreie Schulbildung
- Steuervergünstigungen und Abschreibungsmöglichkeiten
- Städtebaufördermittel und andere Investitionsbeihilfen
- Subventionen, beispielsweise im Agrarsektor oder für Photovoltaik
- Gehälter und Besoldung der direkt beim Staat Beschäftigten
- usw...

Letztlich profitiert doch wohl jeder Kröpeline mehr oder weniger vom Staat und so soll es ja auch sein, und sei es dadurch, daß der Staat einen funktionierenden Rahmen setzt, in dem das Gemeinwesen leidlich funktioniert. Wenn man sich nun einzelne Personengruppen herausgreift und zwar die mit dem geringsten finanziellen Spielraum, dann hoffentlich nur mit dem Ziel, deren Situation zu verbessern.

Herr Hoppe bleibt in Teilen seines Artikels sehr geheimnisvoll, wenn er Herrn Grösch, den Leiter des Bad Doberaner Jobcenters, folgendes (nur teilweise wörtlich zitiert) in den Mund legt:

Welche Schwerpunkte allerdings die Städte in ihrer Politik setzen, müssten sie alleine wissen. In Kröpelin sei jedoch nicht so klar erkennbar, welche da gesetzt würden – lässt der Jobcenterchef seine Meinung durchblicken und sagt: "Früher hatte Kröpelin eine doch sehr starke Handwerkerschaft, die auch relativ geschlossen wirkte. Jetzt weiß ich nicht, wie die Position im einzelnen ist." Auf alle Fälle gäbe es deutliche Unterschiede, wie sich Kommunen mit diesen Problemen beschäftigen würden.

Vielleicht läßt sich Herr Grösch bezüglich der **Schwerpunkte der hiesigen Politik** zu sehr von den vielen netten Ankündigungsartikeln in der Ostsee-Zeitung beirren? Man müßte die Ostsee-Zeitung fragen, ob sie ihren Schwerpunkt der Berichterstattung nicht vielleicht doch mehr auf **die realisierten Projekte und die wahren Schwerpunkte** legen sollte? Aber das wäre wohl weniger spektakulär, zumal sich **die Mehrheit**



der Stadtvertreter aller Fraktionen da auch noch so schrecklich **einig** ist:

## **Auftragsvergabe**

- ist nur möglich, wenn man noch Eigenmittel dafür hat (siehe Haushaltsführung)
- nach Möglichkeit kleine Lose, so daß einheimische und regionale Betriebe bieten können

## **Gewerbeflächen**

- die Stadt hält günstige Gewerbeflächen vor, beispielsweise im [Gewerbegebiet](#) Süd-West
- erst kürzlich wurde dort wieder ein neues Stück Erschließungsstraße beschlossen (\*)

## **Gewerbesteuern**

- seit Jahren unverändert stabile und niedrige Hebesätze
- in den beiden letzten Jahren wurde der Versuch einer Erhöhung abgelehnt (\*)

## **Haushaltsführung**

- mit solidem, ausgeglichenen [Haushalt](#), damit Geld für Investitionen da ist
- stetiger Abbau der Kredite (davon die meisten investiv), damit Schulden und Zinsenlast geringer wird

*(\*) übrigens gegen den Widerstand des Bürgermeisters, die OZ berichtete darüber bisher leider nicht oder hab ich das nur überlesen?*

**Sehr geehrter Herr Grösch, seien Sie versichert, in der Stadtvertretung, die – mit Unterstützung der Stadtverwaltung – die Politik der Stadt bestimmt, hätten Sie mit jedem weiteren guten Vorschlag, wie sich die wirtschaftliche Situation der Stadt und ihrer Einwohner verbessern ließe, immer eine Mehrheit.**